

Michael Hüther

# Konjunktur vor einem Zwischenhoch

**1.** Erneut gilt: Die deutsche Volkswirtschaft steht zu Beginn des Jahres 2006 besser da als zwölf Monate zuvor. Doch während vor Jahresfrist allenfalls die Aussicht auf eine konjunkturelle Stabilisierung berechtigt schien, können wir heute gut begründet eine deutlich dynamischere gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwarten. Der Konjunkturzyklus existiert doch noch.

**2.** Die verzögerte Konjunkturerholung schließt nicht an einen tiefen rezessiven Einbruch an, sondern folgt auf eine nahezu vierjährige Stagnation. Es hat sich als schwierig erwiesen, aus einer anhaltenden Seitwärtsbewegung das notwendige Vertrauen in eine konjunkturelle Besserung zu gewinnen. Im Jahr 2006 besteht für die deutsche Volkswirtschaft gleichwohl erstmals wieder die Chance, sich vollständig aus dem Stagnationskorridor zu befreien.

**3.** Hoffnung darauf macht vor allem die sich verstetigende Investitionsbelegung. Mit gut 5 Prozent Zuwachs im abgelaufenen Jahr sind die Aussichten für eine weitere leichte Stärkung der Investitionen im Jahr 2006 nicht schlecht. Dafür sprechen eine verbesserte Ertragskraft, eine gestiegene Auslastung der Kapazitäten und gute Absatzperspektiven. Nach Jahren der Restrukturierung und der Kostenoptimierung hat sich ein Modernisierungstau gebildet, der sich nun zunehmend löst. Die Geldpolitik bleibt eher expansiv, die Zinsen damit günstig; die Insolvenzen sind erstmals seit langem wieder rückläufig.

**4.** Zu Recht weckt die Investitionsentwicklung Hoffnungen, doch es gibt auch Schattenseiten. Denn für den Arbeitsmarkt ist noch keine durchgreifende Besserung in Sicht. Der Optimismus findet hier seine Grenzen. Der Beschäftigungsabbau wird sich weiter verlangsamen und immerhin zum Stillstand kommen; doch damit entsteht erst die Chance für eine Trendwende. Der bislang moderate Kurs in der Lohnpolitik unterstützt diese Entwicklung; die Tarifabschlüsse des Jahres 2005 haben

mit rund 1,5 Prozent Zuwachs wiederum den Produktivitätspfad eingehalten. Allerdings haben wir bei den Arbeitskosten unverändert ein Niveauprobem, das im verschärften Standortwettbewerb drückt.

**5.** Dieses gemischte Bild signalisieren die Unternehmen in der Herbstumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln: Einerseits führen sehr günstige Absatzerwartungen, vor allem auf den Auslandsmärkten, zu positiven Investitions- und Produktionsplanungen für 2006. Andererseits hellt sich der Himmel über dem Arbeitsmarkt nur begrenzt auf, so dass mehr als Beschäftigungssicherung kaum zu erwarten ist. Auch die aktuelle IW-Verbandsumfrage (Seite 4-5) bestätigt dies: Die Konjunkturerholung gewinnt branchenmäßig an Breite, ohne den Arbeitsmarkt kräftig mitziehen zu können.

**6.** Dieser Befund beschreibt zugleich das Dilemma der Politik. Sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Lohnpolitik sind in den vergangenen Jahren angemessene Schritte gegangen worden. Während die Agenda 2010 einen strategischen Neubeginn der Reformanstrengungen markierte, wurden in den Tarifverhandlungen nicht nur vernünftige Abschlüsse erzielt, sondern mit der stärkeren betrieblichen Öffnung der Tarifverträge ebenso wichtige strukturelle Veränderungen erreicht.

**7.** Dennoch: Die eingeleiteten Schritte reichen weder hier noch dort, um dem Anpassungsbedarf der deutschen Volkswirtschaft aufgrund des internationalen Standortwettbewerbs zu entsprechen. Der Öffentlichkeit ist gleichwohl schwer zu vermitteln, dass trotz magerer Jahre nur eine Fortsetzung dieses Weges eine durchgreifende Besserung sichert.

**8.** Die erkennbaren konjunkturellen Erholungstendenzen bergen so die Gefahr, dass sie in falscher Deutung als Fortschritte auf dem Weg zu einem höheren Wachstumspfad gesehen werden und damit neues wirtschaftspolitisches und lohnpolitisches Fehlhandeln nach

sich ziehen. Es führt aber kein Weg an der Einsicht vorbei, dass mit Illusionspolitik die Binnenkonjunktur nicht zu beleben ist.

**9.** Wir werden im Jahr 2006 zwar eine Erholung der Konjunktur erfahren. Ein stärkerer Wachstumspfad wird damit für die deutsche Volkswirtschaft aber noch nicht begründet. Um wieder einen Aufschwung wie in den achtziger Jahren erleben zu können, müssten die Investitionen über mehrere Jahre mit zweistelliger Rate ansteigen.

**10.** Für die Lohnpolitik gilt: Auch im Jahr 2006 darf der Produktivitätspfad nicht ausgeschöpft werden. Verschiedene Studien bestätigen, dass sich Lohnzurückhaltung in Form höherer Beschäftigung auszahlt. Die Tarifpolitik sollte den Weg der betrieblichen Differenzierung und Öffnung weitergehen, der im vergangenen Jahr vielfach Arbeitsplätze gesichert hat. Wie dies im Rahmen des Flächentarifvertrags in sinnvoller Weise organisiert werden kann, zeigen seit langem die Erfahrungen der Chemischen Industrie und die seit zwei Jahren möglichen Ergänzungstarifverträge in der Metall- und Elektro-Industrie.

**11.** Die Standortsicherung kann trotz vieler bedrückender Rückschläge mithilfe der Lohnpolitik gelingen. Entscheidend ist, dass die Unternehmen die Möglichkeit erhalten, nicht erst in der Krise Höhe und Struktur der Arbeitskosten im Einvernehmen mit der Belegschaft verändern zu können. Dieser Weg der betrieblichen Öffnung muss konsequent weitergeführt und vereinfacht werden. Die zunehmende Differenzierung der betrieblichen Realität und die verstärkte Konkurrenz durch Anbieter aus nachholenden Volkswirtschaften, die auch in traditionelle Kompetenzfelder der deutschen Wirtschaft eindringen, lassen keine andere Wahl.

**12.** Es gibt keine Zaubermittel der Standortbindung. Doch die Erfahrung der vergangenen Jahre macht die Ansatzpunkte für erfolgreiches Handeln sichtbar: ein Mix aus guter Infrastruktur,

angemessenen regulatorischen Rahmenbedingungen und überzeugenden Unternehmensstrategien. Die zahllosen Erfolge deutscher Mittelständler auf den internationalen Märkten zeigen, wie es geht.

**13.** Die räumliche Bindung des Wirtschaftens zeigt sich in Netzwerken industrieller Wertschöpfung, in Vorleistungsverflechtungen mit Zulieferern und Dienstleistungsanbietern, in gemeinsamer Nutzung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf der Basis öffentlicher Infrastruktur und gemeinsamen Ressourcenpools. Solche Cluster sind Klebemittel für den Standort und müssen stabilisiert und gestärkt werden.

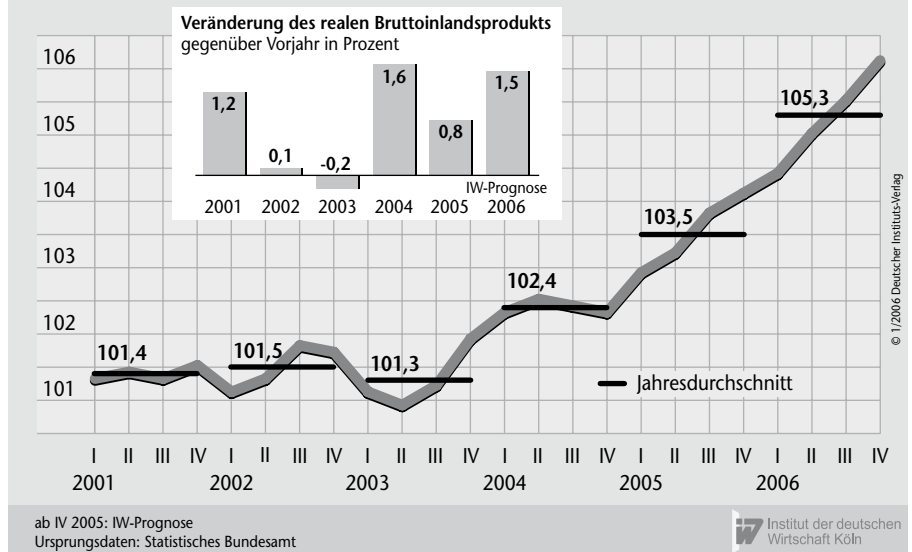
**14.** Die Wirtschaftspolitik ist aufgerufen, durch einen überzeugenden und verlässlichen Reformkurs ihren Beitrag zur Standortpolitik zu leisten. Die Vereinbarungen der großen Koalition reichen dazu bei weitem nicht aus. Zwar finden sich durchaus richtige Ansätze, wie die Verbesserung der degressiven Abschreibung, ein systematischer Bürokratieabbau und die Einführung eines Elterngeldes. Doch zentrale Fragen wurden widersprüchlich beantwortet, so bei der Reform des Arbeitsmarktes oder bei der Reform der sozialen Sicherung und der Unternehmenssteuern.

**15.** Es kommt nun darauf an, die notwendigen Klärungen schnell und überzeugend zu erreichen. In der gesetzlichen Krankenversicherung zeigen die ersten Bemühungen der neuen Regierung, wie sehr man in traditionellen Ansätzen gefangen ist. Die grundsätzlichen Widersprüche der beiden Regierungsparteien sollten den Weg zu einer radikalen Finanzreform aber nicht verstellen. Wir müssen die Finanzierung der Krankenversicherung ebenso wie die der Pflegeversicherung vom Arbeitsvertrag entkoppeln. Dies erfordert weit reichende Veränderungen in den entsprechenden Versicherungsmärkten wie auch den Märkten für Gesundheitsleistungen.

**16.** Ebenso muss die Ankündigung der Regierung für eine große Unternehmenssteuerreform in diesem Jahr mit konkreten Vorschlägen unterlegt werden. Niemand wird angesichts der Situation in den öffentlichen Haushalten kurzfristig Entlastungen erwarten

## Konjunktur: Im Aufwärtstrend

saison- und arbeitstäglich bereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt, 2000=100



können, doch eine Vereinfachung und Rechtsformneutralität der Besteuerung sollten allemal möglich sein. Der Spielraum für geringere Steuersätze bei verbreiteter Bemessungsgrundlage sollte mit Gewinn für den Standortwettbewerb genutzt werden.

**17.** Alles wird aber Stückwerk bleiben und seine stimulierenden Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft kaum entfalten können, wenn es nicht gelingt, glaubwürdig auf einen Kurs nachhaltiger Haushaltskonsolidierung einzuschwenken. Die Studie „Vision Deutschland“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln macht deutlich, welche zentrale Bedeutung der Haushaltssanierung für die wirtschaftliche Gesundung zukommt.

**18.** Die Vorstellungen der Regierung, erst 2007 mit der Haushaltskonsolidierung zu beginnen, gleicht einem Drahtseilakt ohne Netz. Das Jahr 2006 wird finanzpolitisch aufgegeben, ein möglicher Vertrauensgewinn durch die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verschenkt, und die strukturellen Verwerfungen im Haushaltsgefüge verhärtet sich. Die Hoffnung, dass die konjunkturelle Erholung auf einen stabilen Wachstumspfad führt, ruht auf dünnem Eis.

**19.** Sollte die Finanzpolitik den Glaubwürdigkeitstest nicht bestehen, dann werden die Risiken für die gesamtwirtschaftliche Erholung zutage

treten. Die Chancen, die sich derzeit zeigen, können sich schnell auflösen und ins Gegenteil kehren, wenn kein Standortvertrauen entsteht. Der Pfad konjunktureller Erholung, den die deutsche Volkswirtschaft gerade beschreitet, hat kein Geländer. Die notwendige Stabilität gewinnt die Entwicklung erst durch eine angemessene Politik.

**20.** Die Bundesregierung muss deshalb vor allem rasch an drei Hebeln ansetzen:

- Die Haushaltspolitik sollte alle Anstrengungen unternehmen, die 3-Prozent-Marke des Stabilitätspaktes zu erreichen. Dies ist möglich und brächte einen spürbaren Vertrauensgewinn. Die geplanten konjunkturstimulierenden Maßnahmen im steuerlichen Bereich sind zügig und unbürokratisch umzusetzen.
- Für den Arbeitsmarkt muss über eine umfassende Liberalisierung der Befristungsregeln ein neuer Ansatz der Deregulierung der Arbeitsverträge gesucht werden. Die Senkung der Lohnnebenkosten sollte zumindest teilweise auf den 1. Juli 2006 vorgezogen werden. Dies stabilisiert den Arbeitsmarkt und verschafft Glaubwürdigkeit.
- Die für den 1. Januar 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung sollte maximal 2 Prozentpunkte umfassen und zu einem deutlich größeren Teil als dem bislang vorgesehenen 1 Prozentpunkt für die Senkung der Lohnnebenkosten genutzt werden.